

SYSTEMRELEVANT

Transkript: Folge 211

Mehr sparen, weniger Inflation? Lindners Plan und die Realität

IMK-Direktor Sebastian Dullien erläutert, ob ein 'Sparhaushalt' die Inflation tatsächlich senkt und wie die aktuelle Debatte um das Bürgergeld von den tatsächlichen Herausforderungen der Regierung ablenken soll.

Marco Herack:

Heute ist Montag, der 26. August 2024. Willkommen zur 211. Ausgabe von Systemrelevant. Mein Name ist Marco Herack und wir werden heute der Frage nachgehen, ob wegen der Haushaltspolitik des Bundes die Inflation zurückging und ob deswegen das Bürgergeld gekürzt werden sollte. Das ist eine Diskussion, die sich ergeben hat und die ich jetzt mit Sebastian Dullien führen werde. Ich grüße Dich, Sebastian.

Sebastian Dullien:

Hallo Marco.

Marco Herack:

Du bist Direktor des IMK, also des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung bei der Hans-Böckler-Stiftung und an unsere Hörerinnen und Hörer vorweg wie immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, könnt ihr uns per E-Mail antickern systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte einfach einsenden. Und in den Shownotes findet ihr die Liste der sozialen Netzwerke, die wir betreuen, sowie unsere weiteren Podcasts. Wir freuen uns sehr, wenn ihr uns in eurem Podcatcher eurer Wahl abonniert.

Sebastian, ich glaube und fürchte, wir müssen diese Diskussion etwas ausführlicher erläutern, damit die Menschen uns überhaupt folgen können. Weil dem einen oder der anderen vielleicht schon die Fragestellung absurd anmutet oder vielleicht gar nicht so klar ist, warum man sowas überhaupt diskutieren kann. Also ich versuche mal zumindest ein bisschen aufzudröseln, bevor du es erklärst. Die Haushaltspolitik des Bundes, die ist ja von Sparen geprägt. Und

dieses Sparen führt dazu, dass der Bund weniger ausgibt. Und wenn der Bund weniger ausgibt, dann könnte dadurch ja die Inflation sinken, weil weniger Nachfrage am Markt herrscht. Ist das der Gedanke?

Sebastian Dullien:

Genau das ist im Grunde der Gedanke, dass man eben sagt, der Bund feuert da weniger die Nachfrage an, und das heißt, dann ist weniger Nachfrage da. Die Unternehmen werden ihre Preise nicht so erhöhen und damit fällt die Inflation ein bisschen niedriger aus. Das ist das, glaube ich, was die sich so vorstellen als Argument. Man muss dazu sagen, dieses Argument kommt ja aus der FDP und aus dem Finanzministerium.

Marco Herack:

Ach, das kommt gar nicht von der SPD?

Sebastian Dullien:

Nein, das kommt von der SPD tatsächlich nicht. Ja, da kommen auch im Moment nicht so viele Kürzungsvorschläge beim Sozialen her. Hat man ja vielleicht schon mitbekommen. Nee, das kommt sehr stark aus der FDP. So ein bisschen will man damit auch jetzt natürlich den Finanzminister Christian Lindner loben, weil man würde sagen ja, also Inflation ist ja blöd, das wissen wir ja alle. Und wir haben jetzt weniger, weil Christian Lindner so ein toller Hecht ist und sich gegen die anderen durchgesetzt hat, dass möglichst das Defizit runtergedrückt wird.

Marco Herack:

In der Logik würde man dann sagen, wenn man das Bürgergeld kürzt, also der Bund noch weniger ausgibt, dann werden die Leute noch weniger die Inflation anfeuern und dann ist die irgendwann ganz weg, die Inflation.

Sebastian Dullien:

Ich glaube das haben Sie jetzt nicht behauptet. Also wenn wir nachher darüber reden, um welche Summen es beim Bürgergeld geht. Und ich glaube, selbst die FDP behauptet jetzt nicht, dass dadurch, dass sie beim Bürgergeld meinetwegen 2, 3 oder 4 % kürzt, dass man damit die Inflation in Deutschland noch weiter dämpfen könnte oder messbar dämpfen könnte. Wir kommen gleich dazu, warum das Argument ohnehin schon ein bisschen schräg ist, was sie da bringen. Aber so weit ins Absurde treiben Sie es jetzt nicht.

Marco Herack:

Dann lass uns noch weitersuchen, wie das Bürgergeld da mit hineinspielt in dieser Argumentation. Aber ist das denn richtig, dass wenn der Bund weniger ausgibt, dass das inflationshemmend wirkt? Also vom reinen Grundsatz kann man das so sagen oder ist das schon falsch?

Sebastian Dullien:

Nein. Also grundsätzlich ist es schon so, wenn weniger Nachfrage da ist, dann wächst die Wirtschaft langsamer und dann nimmt auch der Preisdruck ab. Das ist ja auch im Grunde der Mechanismus, über den Inflation bekämpft wird, auch von der Geldpolitik. Da werden die Zinsen erhöht und dann wird weniger gebaut und weniger investiert und damit wächst die Wirtschaft langsamer. Und dann nimmt der Preisdruck ab. So, das heißt also im Prinzip, wenn der Bund jetzt seinen Haushalt so kürzt, dass da die Wirtschaft langsamer wächst, dann haben wir weniger Preisdruck. Jetzt muss man sich aber fragen: Wie sind die Größenordnungen? Und außerdem gibt es da noch das kleine Problem, dass die Sparpolitik der Bundesregierung nicht dadurch umgesetzt worden ist, dass jetzt einfach die Nachfrage gesenkt worden ist, sondern da sind viele Abgaben erhöht worden, die anders wirken. Und da können wir vielleicht gleich mal drüber reden.

Marco Herack:

Ja, das wäre tatsächlich meine erste Frage gewesen, weil es muss ja auch diese Behauptung stimmen, dass der Bund überhaupt weniger Geld ausgibt, also kürzt. Weil ‚sparen‘ heißt ja erst mal noch nicht, dass ich weniger Geld ausbebe, weil wenn ich mehr Geld zur Verfügung habe und von dem mehr Geld dann etwas spare, kann ich ja trotzdem immer noch mehr Geld ausgeben.

Sebastian Dullien:

Na ja, also grundsätzlich ist es schon so, dass man in den volkswirtschaftlichen Modellen sagen würde, dass die Größe des Haushaltsdefizits, dass die einen Einfluss hat darauf, wie stark die Wirtschaft wächst und wie stark die Inflation ist. Und jetzt mal als reines Beispiel. Wenn ich jetzt die Einkommenssteuer erhöht hätte zum Budgetausgleich, dann wird das natürlich auch das Wachstum ein bisschen bremsen, denn die Menschen haben weniger Geld zur Verfügung. Die würden weniger ausgeben und da wäre weniger Nachfrage. Grundsätzlich

ist der Mechanismus in den gängigen makroökonomischen Modellen schon gegeben.

Jetzt kommen allerdings zwei Punkte da rein. Der erste Punkt ist: Wir müssen über Größenordnungen reden. Wir haben diesen Haushalt kritisiert, weil er eben nicht die öffentlichen Investitionen so hochfährt, wie das notwendig ist. Aber wir haben auch immer wieder gesagt, dieser Haushalt, sowohl der für 24 als auch für 25, ist kein brutaler Sparhaushalt, sondern da sind sehr viel Buchungstricks oder Buchungsmöglichkeiten genutzt worden, um eben nicht die Ausgaben massiv zu senken. Von daher ist dieser Impuls makroökonomisch nicht so wahnsinnig groß. Dann kommt auch dazu, dass üblicherweise der nicht ganz sofort wirkt, sondern dass da eine gewisse Verzögerung drin ist.

Aber es gibt diesmal einen ganz wichtigen Punkt, der eigentlich diese Behauptung von der FDP und den der FDP nahestehenden Ökonominnen und Ökonomen ein bisschen absurd wirken lässt. Und das ist, dass die Regierung vor allem in diesem Jahr, in 2024, ganz viel das Schließen der Haushaltslücke dadurch hinbekommen hat, dass sie irgendwo Steuern und Abgaben erhöht haben. Entweder indem bestimmte vorübergehende Entlastungen ausgelaufen sind oder dass tatsächlich die die Abgaben erhöht worden sind. Und da kann ich einfach mal ein paar Beispiele machen. Also die CO₂-Abgabe für Haushalte, für Verkehr und Wärmeenergie, die ist zum 1. Januar 2024 stärker gestiegen, als das sonst der Fall gewesen wäre. Sie haben explizit gesagt: Als Element unserer Konsolidierungsstrategie erhöhen wir die jetzt stärker. Das bedeutet ganz konkret: Da ist Benzin teurer geworden, da ist Heizen teurer geworden. Und das läuft auch dann noch durch andere Güter durch. Denn das gilt nicht nur für die Privathaushalte, sondern auch fürs Gewerbe und für den Handel. Und wenn die natürlich jetzt mehr für ihre Logistik zahlen müssen, weil das Benzin teurer ist, dann wirkt das auch auf die Preise. Das erhöht die Inflation und das senkt nicht die Inflation.

Ähnliches gilt für die Strom- und Gaspreisbremsen. Da war überlegt worden, dass man die länger laufen lässt. Die hat man dann früher auslaufen lassen. Man hat die Mehrwertsteuer im Restaurantbereich bei den Speisen wieder hochspringen lassen. Das war zwar ursprünglich so vereinbart, aber das ist immerhin auch ein Element zur Haushaltskonsolidierung und das erhöht das Preisniveau. Dann hat man die LKW-Maut erhöht, hat es auch als CO₂-Abgabe kaschiert oder benannt. Mag auch sein, dass es so ist, also dass es tatsächlich

eine Lenkungswirkung hat. Aber kurzfristig bedeutet natürlich eine höhere LKW-Maut auch, dass Transport teurer wird und das wird normalerweise an die Endverbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben. Also wir haben da eine ganze lange Liste von Sachen, die einfach preistreibend gewirkt haben. Dann zu behaupten, dass diese Art der Konsolidierung die Inflation dämpft, das ist schon ziemlich absurd.

Um diese Größenordnung einzuordnen. Wir gehen davon aus, dass diese preistreibenden Maßnahmen der Regierung, etwa die Inflation im ersten Halbjahr 2024 um einen halben Prozentpunkt erhöht hat. Das heißt, ohne diese Aktionen wären wir jetzt schon unter 2 % bei der Inflation. Mit sind wir eben ein Stück darüber. Diese Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, die hat bei uns 2024 nach unseren Modellen und unserer Einschätzung eigentlich keinen messbaren Einfluss auf die Inflation. Das heißt, da ist ein Preisschock gekommen. Die nachfragedämpfende Wirkung ist aber nicht so groß, dass man das irgendwo da groß drin sehen würde.

Marco Herack:

Und warum behaupten die das jetzt? Also du hast vorhin gesagt, Christian Lindner loben, aber das ist ja kein Selbstzweck. Es muss ja schon irgendwo real begründbar sein, wenn man so was nach außen gibt.

Sebastian Dullien:

Ja, muss es das? Also ehrlich gesagt, ich habe bei einigen hier den Eindruck, dass das eigentlich, wenn es sich gut anhört, dann muss es jetzt nicht so genau mit der Empirie übereinstimmen. Denn wenn man sich das jetzt anguckt, also wenn wir uns angucken, was auch die anderen Institute, jetzt nicht nur das IMK, vielleicht sind wir ja da irgendwie auch ideologisch verdächtig. Aber wenn man sich andere Institute anguckt. Wenn das stimmen würde, was jetzt Christian Lindner und sein Trupp da behauptet, dann hätten wir ja eigentlich nach dem Verfassungsgerichtsurteil und mit den Konsolidierungsmaßnahmen der Regierung sehen müssen, dass die Inflationsprognosen deutlich nach unten revidiert werden von den Instituten für dieses Jahr. Und das hat in der Form eigentlich nicht stattgefunden. Es ist jetzt nicht so, dass man sagt: Weil die Regierung jetzt so spart, erwarten wir eben, dass dann die Inflation fällt. Sondern im Gegenteil, wenn man in die Texte reinguckt, da schreibt eigentlich jeder: Ja, aber das und das, das erhöht jetzt die Inflation.

Marco Herack:

Ja, und da steckt ja noch was anderes drin. Eine höhere Inflation bedeutet ja im Grunde auch wieder eine Schwächung der Kaufkraft. Eigentlich verhindert das Wirtschaftswachstum dann. Im Grunde will man davon ablenken.

Sebastian Dullien:

Also möglicherweise will man auch davon ablenken, dass das jetzt nicht so gut läuft. Das kann natürlich sein. Das Problem, was wir tatsächlich haben, ist, dass die Teuerung, die wir da jetzt haben, auch noch in dem Moment kommt, wo die Leute verunsichert sind. Und wir sehen das jetzt in den Konjunkturprognosen. Die Konjunkturprognosen hatten eigentlich alle gesagt: Na ja, also so im Laufe des Jahres 2024, da wächst der Konsum und das trägt eben zu einer Konjunkturerholung in Deutschland bei. Und wenn wir jetzt auf die Daten gucken, dann sehen wir echt verdammt wenig von der Konsumerholung.

Wir interpretieren das so, dass die Menschen noch verunsichert sind. Und da hat es natürlich nicht geholfen, dass man dann noch mal den CO₂-Preis hoch setzt, dass die Preisbremsen auslaufen, dass die Mehrwertsteuer auf Energie wieder springt, nach oben, dass die Restaurantpreise steigen. Sondern das ist natürlich was, was in so einer Situation eher verunsichert. Und übrigens gibt es auch eine Studie vom IWF dazu, die sich das angeguckt hat, was diese preisdämpfenden Maßnahmen in der Energiepreiskrise, was die gebracht haben. Ich glaube, wir haben darüber hier auch schon mal geredet und da kam eben raus, dass diese preisdämpfenden Maßnahmen eine bessere Art sind der Inflationsbekämpfung als jetzt über Kürzungen einfach die Nachfrage zu senken.

Wenn das stimmt, was der IWF da schreibt und was aus deren Modellen rauskommt, dann ist es jetzt natürlich falsch und schädlich, diese Politik umzudrehen, indem man sagt, die senkenden preissenkenden Maßnahmen nehmen wir weg oder legen noch eins drauf und hoffen, dass stattdessen ein bisschen Nachfrageentzug bei der Wirtschaft das Problem löst.

Marco Herack:

Und wie spielt in all das nun das Bürgergeld mit rein?

Sebastian Dullien:

Beim Bürgergeld ist die Lage folgende: Normalerweise hat man immer das Bürgergeld angepasst oder Hartz vier angepasst. Mit ein bisschen Nachlauf an die Inflation in der Vergangenheit. Jetzt mal ganz grob gesagt ein bisschen komplexer. Aber ich vereinfache das jetzt an der Stelle einmal, weil das ist der Knackpunkt. Und dann hatten wir die Situation, wo die Inflation sehr schnell sehr stark gestiegen ist und die Anpassung eben erst mit sehr viel Nachlauf passiert wäre. Und das ist natürlich blöd, wenn du am Existenzminimum bist und plötzlich verlierst du 10 % Kaufkraft, dann mögen die Sätze vielleicht ein Jahr später oder anderthalb Jahre später angepasst werden. Aber du hast dann eben ein Jahr oder anderthalb Jahre ein Problem, weil du nicht genug hast, um deinen Grundbedarf zu decken. So, und das hat man dann erkannt und hat gesagt, wir ändern das ein bisschen. Das Element dieser nachlaufenden Anpassung bleibt weiter drin. Aber wir nehmen so eine Extrakomponente, wo wir uns angucken, wie stark die Preise dann noch zusätzlich gestiegen sind. Und wir nehmen das als Extraelement, wo wir schon mal zum Jahresbeginn dann quasi so eine Anpassung vorwegnehmen. Da steht dann eine Formel im Gesetz drin, die sagt ja, also meinetwegen, für die Anpassung 2024 gucken wir uns einmal an, wie stark die Preise gestiegen sind für die gesamten zwölf Monate von Mitte 2022 bis Mitte 2023. Und dann gucken wir uns nochmal an, was in dem zweiten Quartal 2023 mit den Preisen passiert ist. Und das legen wir noch mal obendrauf. Aber für die künftige Fortschreibung fällt das dann wieder weg. Das hört sich jetzt ein bisschen kompliziert an. Bottom Line ist, dass wenn man in einem Jahr im Frühjahrsquartal eine besonders hohe Inflation hat, die danach stark fällt, dass tatsächlich dann zum Januar das Bürgergeld stärker angepasst wird, als die Preise gestiegen sind.

Marco Herack:

Aber gilt das in 2024 noch?

Sebastian Dullien:

Im zweiten Quartal 2023 hatten wir noch eine relativ hohe Inflation. Die ist dann im Laufe des Jahres deutlich runtergekommen. Das heißt, man kann jetzt hier schon sagen, da hat es so eine gewisse Anpassung gegeben. Jetzt ist aber die Formel so, dass das auch wieder wegfällt. Man baut nicht auf dieser Anpassung auf, sondern man baut nur auf diesen längerfristigen Trend auf. Das heißt, das Problem, über das wir hier reden, das wird sich im Zweifel allein durch die

Formel am 1. Januar 2025 lösen. Da ist dieses Problem nicht mehr da. Und von daher finde ich diese Diskussion auch ein bisschen schräg, ehrlich gesagt, weil realistisch kriegt man ja jetzt das Bürgergeld nicht mehr bis zum Jahresende gesenkt und das wäre auch ein bisschen merkwürdig, finde ich. Also es bringt auch nicht viel Geld, wenn ich jetzt sage, im November und Dezember wird weniger Bürgergeld gezahlt und dann habe ich danach wieder die Anpassung, die das ja im Grunde dann wieder ausgleicht, weil wir dann wieder auf diesen alten Pfad zurückkommen. Also jetzt rückwirkend. Man kann sagen, durch diese Änderung der Anpassungsformel ist vielleicht im Jahr 2024 etwas mehr Bürgergeld gezahlt worden, als eigentlich die Teuerung notwendig gemacht hätte. Aber die Formel ist so, dass sich das von alleine wieder korrigiert. Von daher besteht da eigentlich aus meiner Sicht kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf.

Marco Herack:

Herr Dürr sagt jetzt, wenn wir das jetzt umstellen, sparen wir 850 Millionen € und erhöhen den Arbeitsanreiz.

Sebastian Dullien:

Fangen wir mal hinten an. Wenn du das jetzt machst für November und Dezember. Ob das jetzt beim Arbeitsanreiz wirklich einen großen Unterschied macht? Ich meine, die Frage der Arbeitsanreize ist eh komplex und nicht ganz so einfach und wir haben da sehr viele Leute, die ganz andere Probleme haben und die jetzt nicht wegen: Ja, ich meine, wovon reden wir jetzt hier? 20 € mehr Bürgergeld oder weniger Bürgergeld pro Monat, sich dann entscheiden zu arbeiten oder nicht zu arbeiten. Ich halte das ehrlich gesagt für eine überzogene Erwartung daran. Das zweite ist ja, man kann vielleicht ein paar 100 Millionen an dieser Stelle sparen, aber ein paar 100 Millionen sind bei einem Bundeshaushalt von ein paar 100 Milliarden echt nicht spielentscheidend.

Marco Herack:

Ja gut, aber wenn man sich um 5 Milliarden Euro dann am Ende streitet, wäre es ja schon fast 1/5, das da beiträgt. Also mal so aus der politischen Logik heraus betrachtet.

Sebastian Dullien:

Ja. Du machst es aber auf die Kosten, dass du eben eine Verlässlichkeit und eine Regelbindung, die man da eingeführt hat, kaputt macht. Wieder. Also ist ja

schon auch so, dass man ja die Regeln auch aus dem Grund hat. Also eigentlich ist die Idee, dass man sich ja darauf geeinigt hat, was braucht ein Haushalt in der Grundsicherung und da passt man eben drauf an und man könnte das jetzt machen. Problem ist aber, man tritt dann eben schon auf die Ärmsten dabei. Es ist keine große Summe, um die es hier geht. Zumal das ja im nächsten Jahr dann auch nicht mehr viel hilft, wenn im Grunde die Anpassung sich automatisch wieder korrigiert. Und es löst eigentlich keins der Probleme, die wir im Land haben.

Marco Herack:

Ja gut, aber so ganz ohne Punkt ist er ja dann nicht, wenn man es mal versuchen fair zu betrachten. Also seine Begründung ist vielleicht ein bisschen schräg, aber ich meine, politisch streitet man sich ja um jeden Blödsinn, sage ich mal, und auch wenn er nicht relevant scheint, von außen betrachtet. Aber dann ist es ja zumindest nicht so völlig unlogisch. Nur seine Begründung ist völlig gaga. Also aus meiner Sicht natürlich.

Sebastian Dullien:

Die Inflationsbegründung ist schon ziemlich gaga und die Frage ist dann natürlich schon, wenn jetzt die Inflation niedriger ausfällt, als man gedacht hat, müsste man dann eigentlich auch noch mal wieder an die Anpassung des Einkommenssteuertarifes rangehen? Denn wir haben in einer der letzten Folgen ja auch darüber geredet, dass bei den Steuersenkungen, bei der Verschiebung des Steuertarifs eben es jetzt so rausgekommen ist, dass die Besserverdienenden heute weniger Steuern und Abgaben zahlen von ihrem Brutto als Anteil, als das zu Beginn der Ampelregierung der Fall war. Und da sind auch die Steuertarife zum Teil verschoben worden mit Schätzungen, wie die Inflationsrate ausfällt. Wenn man jetzt hier bei den Besserverdienenden wieder ein bisschen korrigieren würde, da würde man schneller sehr, sehr viel mehr Geld kriegen, als wenn man anfängt bei den Bürgergeld Empfangenden da was zu machen.

Marco Herack:

Ist vielleicht generell die Frage, ob man dann auch nicht bei anderen kürzen müsste, die irgendwie einen hohen Inflationsausgleich automatisiert bekommen haben. Im Bundestag oder so, da gibt es sicherlich viele Fragestellungen. Bei manchen würde man dann sagen ja, bei anderen nein, weil das ist ja alles nachgelagert usw. Aber ich glaube, dass es dann aber auch der Punkt es ist

immer eine Diskussion zu Lasten einer ganz bestimmten Gruppe und das sind die, die sich am wenigsten wehren können.

Sebastian Dullien:

Ja, das scheint mir beim Bürgergeld hier schon wirklich der Fall zu sein. Und ja, ich finde es halt schon komisch, dass man die ganze Zeit über das Bürgergeld redet, was in der Summe nicht so viel ist, wo tatsächlich auch. Ich glaube, es sagt keiner der Arbeitsmarktforscher auch von konservativen oder liberalen Instituten, dass das einen relevanten Beschäftigungseffekt bringen würde, wenn man diese Anpassung jetzt da in der Form korrigieren würde. Also das ist einfach echt ein bisschen schräg. Und die Art, diese Debatte zu führen lenkt natürlich davon ab, von den Sachen, die die Regierung wirklich versäumt. Nämlich die öffentlichen Investitionen hochzufahren, eine vernünftige Reaktion auch auf die Industriepolitik in den USA und in China zu finden und eben auch was zu den Energiepreisen zu machen.

Marco Herack:

Oder die Arbeitswelt zu verbessern durch eine entsprechende Regulierung.

Sebastian Dullien:

Auch da gibt es noch ganz viele Dinge. Und ich meine, eine andere Frage wäre, das haben wir auch immer wieder hier angesprochen. Wir haben ja doch Probleme in der Qualität der Kinderbetreuung und der Verlässlichkeit von Kitas und in den Umfragen, die das WSI bei uns gemacht hat. Dass ist unser Schwesterinstitut unter Leitung von Bettina Kohlrausch. Da kommt ja heraus, dass da wirklich ein signifikanter Anteil, ich meine es waren 30 % der Eltern, sagen, sie haben schon mal Arbeitszeit reduziert wegen mangelnder Kitabetreuung. Und hier frage ich mich schon, ob es da nicht sinnvoller wäre, mal so ein Problem anzusprechen, anstelle da zu versuchen, irgendwie jetzt noch in den letzten Monaten des Jahres ein bisschen beim Bürgergeld zu kürzen.

Marco Herack:

Aber das würde ja Arbeitsplätze schaffen, Löhne vielleicht sogar erhöhen und damit inflationsfördernd wirken?

Sebastian Dullien:

Nee, andersrum. Also wenn du, wenn du Beschäftigung schaffst. Wenn da mehr Menschen arbeiten können, hast du weniger Engpässe. Dann ist das Angebot erhöht. Und die Frage ist jetzt, ob du der Meinung bist.

Marco Herack:

Der Staat gibt doch mehr aus, Sebastian.

Sebastian Dullien:

Ja das kommt drauf an.

Marco Herack:

Tschuldigung.

Sebastian Dullien:

Ja, aber es ist ja so, wenn du die die Angebotsseite erhöhst mit einem staatlichen Ausgaben und das würde passieren bei verbesserter Kinderbetreuung, dann ist das eben mittel und langfristig nicht preistreibend. Sondern im Gegenteil, das ist etwas, was dann die Kapazitäten ausweitet und damit eher preisdämpfende wirkt.

Marco Herack:

Okay, also ich glaube gänzlich eine Phantomdiskussion ist es nicht. Aber es ist halt auch irgendwie nicht das, was gerade gebraucht wird. Vielleicht kann man es darauf zusammendampfen, denn wir haben ja nun wirklich genug Probleme und ich glaube zumindest aus meiner Sicht. Eines der größeren Probleme ist, dass die FDP vor allen Dingen sehr viel verhindert von dem, was eigentlich getan werden müsste, damit das Land als solches vorankommt.

Sebastian Dullien:

Das würde ich auch so sehen.

Marco Herack:

In dem Sinne. Sebastian Dullien, vielen Dank für das Gespräch.

Sebastian Dullien:

Danke Marco für die Moderation.

Marco Herack:

Ihr habt es vielleicht gemerkt, das war eine unserer Urlaubsfolgen. Wir haben die etwas früher aufgenommen und etwas später gesendet. Vielleicht hat der ein oder andere Politiker seine Meinung derweil völlig geändert und erzählt jetzt etwas anderes. Das konnten wir da nicht vorwegnehmen. Aber wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt, dann könnt ihr sie uns gerne senden an system-relevant@boeckler.de. Das ist unsere E-Mail-Adresse und wir freuen uns natürlich, wenn ihr uns da Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen sendet. In den Shownotes findet ihr die Liste der sozialen Netzwerke sowie unsere weiteren Podcasts und wir hoffen, dass wir uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Vielen Dank fürs Zuhören. Euch eine schöne Zeit bis demnächst mal wieder. Tschüss.

Sebastian Dullien:

Danke. Tschüss.